

# *Heiners siebzehnter persönlicher Brief aus dem Bundeshaus*

## Herbstsession, 17. September – 5. Oktober 2007

Die Herbstsession war die letzte Session der Legislaturperiode 2003 – 2007. Nachdem die Herbstsession am 5. Oktober 2007 zu Ende ging, ist die parlamentarische Arbeit jedoch noch nicht beendet. Ich werde bis Ende November an mehreren Kommissionssitzungen teilnehmen. Die Legislaturperiode endet am Tag vor der Vereidigung des neuen Parlamentes, d.h. am Sonntag, 2. Dezember 2007. Die neue Legislaturperiode beginnt am Montagnachmittag, 3. Dezember 2007. Somit ist dies mein letzter Brief dieser Legislaturperiode. In der Herbstsession behandelten wir mehrere wichtige Geschäfte. Wir hatten aber auch Diskussionen, auf welche hätte verzichtet werden können. Hier die Themen, bei denen ich direkt engagiert war.

### **Nein zur SVP-Volksinitiative für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung**

18.9.2007: „... Die Volksinitiative hat einen Titel, der mit dem Inhalt schlicht nicht übereinstimmt. Das ist der entscheidende Punkt. Es ist nämlich nur ein Teil der Wahrheit, dass die Initianten tiefere Prämien wollen; sie wollen auch die Leistungen im Grundkatalog wesentlich verringern. Das heisst umgerechnet: Diejenigen, die die Zusatzversicherung wirklich brauchen, müssten dann höhere Rechnungen bezahlen, als wenn man die Leistungen in der Grundversicherung belassen würde... Wir sagen aber auch Nein zum Gegenvorschlag...“ Die Volksinitiative wurde vom Nationalrat zur Ablehnung empfohlen. Die Mehrheit will einen Gegenvorschlag. Dieser geht vor der weiteren parlamentarischen Beratung in die Vernehmlassung.

### **Nein zur Volksinitiative „Ja zur Komplementärmedizin“**

19.9.2007: „... An und für sich handelt es sich bei dieser Volksinitiative um eine klassische Initiative: Sie will nur einen Grundsatz in die Verfassung aufnehmen. Das wäre eigentlich richtig. Aber sie hat mit dem Begriff ‚umfassend‘ noch etwas beigefügt, das über die klassische Form hinausgeht. Damit ist eben nicht nur eine Kompetenz oder ein Auftrag gemeint, sondern damit wird schon auf dieser Stufe gesagt, man müsse praktisch alles tun, was in diesem Bereich möglich, denkbar, sinnvoll ist... Das ist - ganz offen gesagt - der Hauptgrund, warum wir EVP-Nationalräte zu dieser Volksinitiative Nein sagen... der Bundesrat sollte – nachdem die Kompetenz da ist – auf jeden Fall sagen, er sei bereit, gewisse überprüfte Dinge, die die Kriterien erfüllen würden, allfällig wieder (in den Grundkatalog) aufzunehmen...“ Der Nationalrat empfiehlt ein Nein zu dieser Volksinitiative. Damit ist er jedoch nicht gegen alle Formen der Komplementärmedizin.

### **Ja zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2008 - 2011**

Diese Vorlage war das umfangreichste und aus meiner Sicht folgenschwerste Geschäfte dieser Session. Mit den in diesem Zusammenhang gefassten Beschlüssen wird der Bund in den kommenden vier Jahren jährlich 6% mehr für diesen Bereich einsetzen. Ein Teil des Rates wollte 8%, ein Teil lediglich 4,5%. In der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie bei der Eintretensdebatte am 19.9.2007 im Ratsplenum setzte ich mich für die mindestens 6% ein, in der klaren Erwartung, dass daran in den kommenden Jahren bei den Voranschlägen keine Abstriche gemacht werden. Am 20.9.2007 setzte ich mich bei der Berufsbildung für den beantragten Umfang ein.

### **Ja zur Finanzierung der Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 2008 - 2011**

19.9.2007: Ich setzte mich für die EVP/EDU-Fraktion für den vom Bundesrat beantragten Rahmenkredit von 135 Mio. Franken für die kommenden vier Jahre ein und lehnte Erhöhungs- und Streichungsanträge ab. Wie die anderen Fraktionen halte ich die Beratung des neuen Gesetzes für diesen Bereich für sehr wichtig.

### **Ja zur parlamentarischen Initiative für die Steuerbefreiung des Existenzminimums**

Im Gegensatz zum Ständerat will der Nationalrat mit Zustimmung der EVP/EDU-Fraktion, für welche ich am 24.9.2007 sprach, dass die Kantone das Existenzminimum nicht besteuern. Sonst wären Leute, welche in diesem Umfang Sozialhilfe beziehen, gegenüber Kleinverdienenden bevorzugt. Der Nationalrat hielt an seinem Beschluss von vor einem Jahr fest. Im weiteren Verlauf der Herbstsession blieb der Ständerat bei seinem Nein, weshalb es hier leider keine Bundesvorschrift geben wird.

### **Nein zur Diskussion über dringliche Interpellationen zu Bundesrat Blocher, Bundesanwaltschaft usw.**

Mehrere Fraktionen erreichten mit einem Ordnungsantrag, dass über diese Interpellationen diskutiert wird. Das Nein unserer Fraktion begründete ich am 25.9.2007 u.a. wie folgt: „Die EVP/EDU-Fraktion ist seit ihrem Bestehen einhellig der Auffassung, dass nur dann dringliche Debatten aufgrund von Interpellationen stattfinden sollen, wenn es sich wirklich um eine Thematik handelt, bei der die Informationen seitens des Bundesrates und die Fakten aus unserem Rat zur Meinungsbildung und Klärung beitragen können... Gerade bei diesen Interpellationen sind wir als ganze Fraktion wie das Büro voll und ganz der Überzeugung, dass es gerade der falsche Zeitpunkt wäre, hier im Parlamentssaal darüber zu diskutieren.“

### **Bundesgesetz über die Landessprachen zu Ende beraten**

Beim neuen Bundesgesetz über die Landessprachen ging es in der Differenzbereinigung mit dem Ständerat noch um die Sprachenfrage. Dem Nationalrat und auch unserer Fraktion ging es darum, dass zuerst eine Landessprache zu lernen ist. Der Ständerat wollte dies den Kantonen überlassen. Ich beantragte am 26.9.2007 namens einer Minderheit der WBK, aus Gründen der Realität dem Ständerat zuzustimmen. Schliesslich einigten sich die beiden Räte auf eine Absichtserklärung, welche den Entscheid den Kantonen überlässt.

### **Ausserordentliche Session zu Steuerfragen**

Am Montag, 1.10.2007 fand von 9.15 – 14.10 Uhr eine ausserordentliche Session zu Steuerfragen statt. Die erste Sitzung der dritten Sessionswoche begann wie üblich um 14.30 Uhr. Namens der EVP-Nationalräte äusserte ich mich in den uns zustehenden drei Minuten insbesondere wie folgt: Es sind zuerst die Aufgaben zu definieren und daraus folgend der Finanzbedarf. Alle sind nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu besteuern, wobei eine Neuordnung der Familienbesteuerung im Zentrum steht. Die Steuersysteme sind zu vereinfachen. Ich wies zudem auf unsere Vorstösse für die Einführung einer eidgenössischen Erbschaftssteuer und für eine ökologische Steuerreform hin. „Vor allem muss der Wille vorhanden sein, gegen diejenigen anzutreten, die versuchen, Steuern zu hinterziehen und nicht korrekt nach ihrem Einkommen und Vermögen eben auch ihren Teil beizutragen.“

### **Ja zum Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen.**

Namens unserer Fraktion sprach ich mich für eine umfassende bundesrechtliche Regelung aus, welcher der Rat leider nicht konsequent folgte. Nachfolgend die Abschrift meines Votums. Geht an Ständerat als Zweitrat.

## **Parlamentarische Vorstösse.**

Am 22.6.2007 reichte ich eine Anfrage betreffend Christenverfolgung im Irak ein. Mein konkreten Fragen: Wie stellt sich der Bundesrat zur Christenverfolgung im Irak und wie gedenkt er sich zu engagieren? Ist der Bundesrat bereit, bei Asylgesuchen irakischer Christen grosszügig zu handeln? Die Anfrage wurde vom Bundesrat am 22.8.2007 in zufriedenstellender Weise beantwortet.

In der Herbstsession reichten wir EVP-Nationalräte insgesamt acht parlamentarische Vorstösse zur Schuldenfrage ein. Nachfolgend meine drei Vorstösse:

Motion vom 18.9.2007: Senkung des Höchstzinssatzes für Kleinkredite.

Motion vom 18.9.2007: Werbeverbote für Kleinkredite.

Interpellation vom 18.9.2007: Schuldenerlass für die ärmsten Länder.

Parlamentarische Initiative vom 4.10.2007: Unabhängigkeit bei Aufsicht und Statistik in der Fortpflanzungsmedizin

Die Texte meiner Vorstösse, mit Begründungen und Antworten des Bundesrates, sind u.a. zu lesen unter [www.heinerstuder.ch](http://www.heinerstuder.ch), Politisches, parlamentarische Vorstösse. Auf dieser Website gibt es unter Aktuelles immer wieder neue Informationen über meine Tätigkeit.

Mit herzlichen Grüssen

*Heiner*

Heiner Studer, Austr. 17, 5430 Wettingen  
Tel. 056 426 50 55, [www.heinerstuder.ch](http://www.heinerstuder.ch)  
[heinerstuder@hotmail.com](mailto:heinerstuder@hotmail.com), [heiner.studer@parl.ch](mailto:heiner.studer@parl.ch)

## **„Lebensfreudige“ oder „Lebensmüde“?**

### **Aus meinem Votum vom 4.10.2007 zur parlamentarischen Initiative Gutzwiller. Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen.**

„Wir Menschen sind ja geneigt, die Menschheit in zwei Gruppen einzuteilen, und das zeigte sich auch bei dieser Debatte. Den einen geht es um die Freiheit, das zu tun, was man will, also zu rauchen; und den anderen eben um die Freiheit, die Nichtraucher zu schützen. Ich sehe aber auch einen anderen Gegensatz, die Einteilung der Gruppen nach zwei Begriffen, die mir veraltet scheinen. Wenn Sie - solange es noch so war, heute ist es nicht mehr so - am Bahnhof in den Zug einstiegen, dann stiegen Sie entweder ins Nichtraucher- oder ins Raucherabteil ein. In den Gaststätten gehen Sie noch in den Nichtraucherbereich oder in den übrigen Bereich, und im Nichtraucherbereich müssen Sie immer noch aufpassen, dass der Rauch von den Nebentischen nicht trotzdem herüberkommt. Das Erste, was wir eigentlich tun müssten, ist, die Begriffe zu ändern. „Raucher“ und „Nichtraucher“ sind eigentlich nicht mehr zeitgemässe Begriffe, weil man dabei davon ausgeht, dass das Rauchen das Normale, Richtige ist und die Nichtraucher diejenigen sind, die falschliegen. Wir müssten jetzt also kreativ sein – nicht gerade bei dieser Vorlagen, das reicht in der Plenumsverhandlung nicht mehr -, Begriffe kreieren und sie dann festhalten. So könnte man z.B. sagen, dass jene, die nicht rauchen die Lebensfreudigen seien oder diejenigen, die eben das Leben schützen wollen – und die andern vielleicht die Lebensmüden, weil sie ja das grosse Risiko eingehen, rascher zu sterben oder schwer krank zu werden. Ich und mit mir meine Fraktion plädieren also dafür, dass wir uns in der nächsten Zeit nur schon bei der Begriffswahl auf die neuen positiven Realitäten einstellen.....

Nun ist die Frage: Braucht es, wenn sich auf der Ebene des Verhaltens so viel geändert hat, denn neue gesetzliche Bestimmungen? Ein Gesetz nur abzulehnen, weil es wieder ein neues ist, ist fantasielos. Man muss sich viel mehr überlegen, ob eine Regelung für die Gemeinschaft Sinn macht oder eben nicht. Deshalb sind wir als Fraktion der Überzeugung, dass es notwendig ist, einmal eine Bundeslösung zu realisieren..... Ich möchte am Schluss dem Bundesrat auch danken, dass er bei dieser parlamentarischen Initiative sehr engagiert und kreativ mitgewirkt hat. Das war nicht bei allen parlamentarischen Initiativen in der letzten Zeit der Fall.“